

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Für die Umweltforschung wird nach Feststellung von **Ulla Burchardt MdB** zu wenig getan.

Seite 1

Auf die Belastung des Grundwassers durch Totalherbizide macht **Susanne Kastner MdB** aufmerksam: Vorsicht beim Umgang mit Unkrautvernichtungsmitteln.

Seite 3

Dokumentation:
"Brauchen wir eine neue europäische Bewegung in Deutschland?" Mit dieser Frage setzte sich Prof. **Dr. Peter Glotz MdB** in einem Vortrag vor der Stresemann-Gesellschaft auseinander.

Seite 4

49. Jahrgang / 239 / 14. Dezember 1994

Flickenteppich statt Zukunftsstrategie Für die Umweltforschung wird zu wenig getan

Von **Ulla Burchardt MdB**

Zum Haushaltsentwurf für 1995 steigen die Mittel für die Umweltforschung stärker als der Gesamtetat für Forschung und Technologie, nämlich um drei Prozent auf rund 756 Millionen DM.

Auf den ersten Blick ist dieses Wachstum erfreulich, doch - wie so oft - sind Zahlen trügerisch:

1. Die steigenden Ausgaben sind den wachsenden Umweltproblemen und weiterhin bestehenden Wissenslücken über Umweltzusammenhänge geschuldet. Gemessen an den Gesamtausgaben für Forschung und Technologie sind die Ausgaben noch immer gering: Von 100 DM werden gerade acht Mark für die Erklärung natürlicher Ökosysteme, des Wirkungsgefüges Mensch-Wirtschaft-Umwelt und die Entwicklung von Umwelttechnologien aufgewendet.
2. Ein Trend der Vorjahre ist ungebrochen. Die Zuwächse des Titels Umweltforschung gehen mit einer Zunahme von 6,6 Prozent vorrangig in die institutionelle Förderung und nicht in die Projektförderung. Damit fließt mittlerweile mehr als die Hälfte der Gesamtaufwendungen (über 368 Millionen DM) in die Großforschungseinrichtungen. So wichtig und notwendig der Aufbau von leistungsfähigen Umweltforschungseinrichtungen in den neuen Ländern ist (unter anderem Umweltforschungszentrum Halle-Leipzig) und ohne in die allgemeine Schelte über die Effizienz der Großforschungseinrichtungen einzustimmen, kann festgehalten werden.

Qualität und Erfolg der Großforschungseinrichtungen sind - gerade aufgrund der Evaluationsergebnisse des Wissenschaftsrates - in der Umweltforschung weiterhin umstritten. Die Zuwächse der institutionellen Förderung gehen vor allem zu Lasten des Ausbaus der Förderung von Forschungsprojekten der Hochschulen, Unternehmen, freien Forschungseinrichtungen oder von Forschungsverbänden. Und die Erfahrung lehrt, zeitlich befristete Projektförderung ist anwendungs- und problemorientierter als institutionelle Förderung, der Ergebnistransfer ist effektiver, die Konkurrenz bei der Einwerbung von Projektmitteln ist eher ein Garant für Effizienz und Forschungserfolg.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 190167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Beispiele hierfür sind unter anderem die wegweisenden Forschungsarbeiten von Prof. P. Crutzen über die Chlorchemie und das Ozonloch oder das jüngst abgeschlossene Projekt der Firma Loewe-Opta und des Instituts für Zukunftsfragen, das zum Prototypen eines entsorgungsfreundlichen Fernsehers geführt hat.

3. Der Mangel an Projektmitteln hat dazu geführt, daß in den letzten Jahren neue Forschungsschwerpunkte entweder gar nicht oder nur zu Lasten bestehender Förderschwerpunkte aufgebaut wurden. Die Folgen für die Forschungsförderung 1995 sind bezeichnend:

Um den neu konzipierten Förderschwerpunkt "Produktionsintegriert Umweltschutz" ausstatten zu können, steigen die Projektmittel hierfür überproportional um 13,3 Prozent. Zwar liegt das Schwergewicht der Forschungsförderung im Bereich Umwelttechnik zwar weiterhin bei end-of-pipe-Technologien (Wasser- und Luftreinhaltung, Abfallverwertung und -behandlung), doch erfreulicherweise findet die Förderung integrierter Technik allmählich statt.

4. Aber der Preis dafür ist hoch und willkürlich gesetzt: Dem Zuwachs in der Umwelttechnik stehen extrem hohe Kürzungen der Projektmittel für die ökologische Forschung (Erforschung terrestrischer Ökosysteme und der Wechselbeziehungen von Mensch-Natur) um 6,2 Prozent und der Klima- und Atmosphärenforschung um 7,4 Prozent gegenüber. Da aus den Projektmitteln der Klimaforschung noch immer der Bau des Höhenflugzeuges Strato 2c finanziert wird, liegt der eigentliche Rückgang der FuE-Mittel sogar weit über zehn Prozent.

Ausgerechnet im Jahr des Berliner Klimagipfels sind die Ansätze für problemorientierte Forschungen zu gering. Auf der Strecke bleiben vor allem die Untersuchungen sozioökonomischer Fragestellungen, die sie wiederholt vom Wissenschaftsrat und Global-Change-Beirat der Bundesregierung angemahnt wurden, zum Beispiel Untersuchungen über die Auswirkungen des globalen Wandels auf Wirtschaft und Lebensstile oder die Erforschung von Handlungsmöglichkeiten für ökologisches Wirtschaften.

5. Die willkürliche Kürzung des einen zu Lasten des anderen ist kein Beitrag zur Zukunftsvorsorge, sondern Flickschusterei. Dies gilt um so mehr, da sozial-ökologische Innovationen in der gesamten Breite der Forschungsförderung des Zukunftsministeriums an Bedeutung verlieren. Gekürzt werden soll die Förderung

- der Meeresforschung
- der erneuerbaren Energien
- der Gesundheitsforschung
- der Forschungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- der Geistes- und Sozialwissenschaften und insbesondere
- der Friedens- und Konfliktforschung.

In der Verkehrsforschung sind allein für den Transrapid mit 90,3 Millionen DM so viel Mittel vorgesehen, wie für die Entwicklung von Rad-Schiene-Systemen, den ÖPNV, Straßen- und KFZ-Technologien und die Weiterentwicklung des Güterfernverkehrs zusammengenommen.

Für eine nachhaltige zukunftsverträgliche Entwicklung ist dieser Haushalt kontraproduktiv .

(-/14. Dezember 1994/rs/fr)

Vorsicht beim Umgang mit Unkrautvernichtungsmitteln
Totalherbizide führen immer häufiger zu Belastungen des Grundwassers

Von Susanne Kastner MdB

Die vor allem auf nichtlandwirtschaftlichen, öffentlichen und privaten Verkehrsflächen angewendeten Unkrautvernichtungsmittel mit dem Wirkstoff Diuron, einem Totalherbizid, haben in vielen Fällen zu Belastungen des oberflächennahen Grundwassers geführt. Nach Angaben des Umweltbundesamtes gehört Diuron zu den 25 am häufigsten gefundenen Pestiziden im Wasser.

Auf meine Frage an die Bundesregierung, warum die Anwendung von Diuron wegen seiner grundwassergefährdenden Eigenschaften nicht verboten wurde, antwortet der Parlamentarische Staatssekretär Gröbl, ein Anwendungsverbot sei nicht notwendig, da Diuron trotz seiner Persistenz nicht zur Versickerung neige. Für eine Anwendung auf nicht landwirtschaftlichen Verkehrsflächen sei eine Ausnahmegenehmigung der zuständigen Landesbehörden erforderlich und es müsse sichergestellt werden, daß Anwendungen auf Gleisanlagen zum Beispiel der Bundesbahn, Verkehrsflächen sowie auf Wegen und Plätzen und Nichtkulturland ohne Ausnahmegenehmigung nach Paragraph 6 Absatz 3 des Pflanzenschutzgesetzes unterbleiben. Diese Abschiebung der Verantwortung auf die Länder ist völlig unbefriedigend.

Die SPD begrüßt, daß durch einen Entschließungsantrag von Hamburg im Bundesrat die Grundwasserbelastung durch Diuron endlich als Problem aufgegriffen wird und Anwendungsbeschränkungen gefordert werden.

Der Vorschlag von Hamburg, die Diuronanwendung in Wasserschutzgebieten zu verbieten, wurde vom Agrar- und Gesundheitsausschuß des Bundesrates allerdings als nicht ausreichend angesehen. Die Bundesregierung wurde zur Prüfung der Grundwassergefährdung durch Diuron und weitere Maßnahmen aufgefordert. Die Bahn AG soll aufgefordert werden, Pflanzenschutzmittel nur anzuwenden, wenn sie über eine Ausnahmegenehmigung verfügt.

Im Bereich der Haus- und Kleingärten müsse eine fach- und sachgerechte Anwendung sichergestellt werden. Die Notwendigkeit weitergehender Maßnahmen soll geprüft werden.

Dies reicht meines Erachtens nicht aus, um die Gewässerbelastung durch Diuron wirksam zu verhindern.

Die Bundesbahn hat sich jahrelang als Quasi-Bundesbehörde die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln selber genehmigt. Ein glatter Verstoß gegen das Pflanzenschutzgesetz. Die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Gleisanlagen führte trotz sachkundiger Anwendung zu Belastungen des Grundwassers. Weitere Ausnahmegenehmigungen sind angesichts dieser Tatsache kaum vorstellbar beziehungsweise akzeptabel.

Auf privaten, gewerblichen und öffentlichen Freiflächen wurden und werden Totalherbizide vielfach ohne Ausnahmegenehmigungen und Kontrollen der Sachkunde der Anwender massenweise eingesetzt. Zusätzliche Empfehlungen der Biologischen Bundesanstalt sind sicher nicht ausreichend, um eine fach- und sachgerechte Anwendung sicherzustellen.

Der Verkauf von Diuron dürfte insgesamt nur bei Vorlage einer Ausnahmegenehmigung und eines Sachkundenachweises erlaubt werden. Fernsehberichte über die völlig gesetzwidrige Abgabe von Diuron an Jedermann sollten zum Handeln auffordern und den Vollzug des Pflanzenschutzgesetzes endlich ernst nehmen. Die Wasserwerke fordern den Gesetzgeber zu entsprechenden Verschärfungen des Pflanzenschutzrechts auf.

Es wäre wünschenswert, wenn Verstöße gegen das Gesetz endlich angezeigt würden und mit entsprechenden Bußgeldern die Brunnenvergifter bestraft würden.

Die Kommunen und öffentlichen Institutionen und Verkehrsunternehmen sollten ihrer Vorbildfunktion entsprechend grundsätzlich auf die Anwendung von Totalherbiziden verzichten. Wildkräuter sollten an Wegrändern und in öffentlichen Anlagen wieder eine Chance haben. Dies ist auch zur Schaffung eines Biotopverbundsystems dringend erforderlich. Im übrigen ist ein blühender Löwenzahn oder eine Königskerze sicher absoluter Sauberkeit auf den Verkehrsflächen vorzuziehen.

(-/14. Dezember 1994/rs/fr)

DOKUMENTATION

Brauchen wir eine neue europäische Bewegung in Deutschland?

Prof. Dr. Peter Glotz MdB hielt am 8. Dezember vor der Stresemann-Gesellschaft in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Mainz einen Vortrag zu dieser Frage.

Maastricht war - wenn man, wie einst bei Versailles, eine unschuldige Stadt zum Symbol eines historisch-politischen Prozesses macht - ein Ende, kein Anfang: Das Ende einer Konstruktion Europas von oben, aus europäischen Regierungen, das Ende einer Anstückerungspolitik, bei der supranationale Kompetenzen durch Rechtsfortbildung auf der Grundlage eines Gründungsvertrages - des Römischen - an den Völkern vorbeigeschmuggelt wurden, schließlich das Ende der Tragfähigkeit der Nachkriegsideen von Europa. Churchills Konzept der "Vereinigten Staaten von Europa", Adenauers und Schumanns deutsch-französische Versöhnungsgedanken oder die alteuropäischen, immer wieder neu gewendeten, kulturalistisch argumentierenden Visionen vom "Abendland" haben ja immerhin ein halbes Jahrhundert gehalten.

Die mitteleuropäische Revolution von 1989 hat die Karten neu gemischt. Die politischen Klassen Europas müssen die alten Begriffe, die zu Worthülsen geworden sind, mit neuem Leben erfüllen. Wenn sie damit - wie es derzeit aussieht - scheitern, ist der Traum von einer "Einigung Europas" wieder einmal ausgeträumt. Wir bekommen dann lauter "Wiedergeburten": kroatische, serbische, tschechische, litauische, polnische, vielleicht sogar eine deutsche - und eine Lateinamerikanisierung Europas.

Kein Zweifel - der eifertige Opportunismus, mit dem geschichts- und ideenlose "Praktiker" all-überall den rohen Stimmungen und drückenden Blähungen ihrer Völker nachgeben, ist erschreckend. Sympathischer als das populistische Taktieren von Whips wie Schäuble oder Stoiber ist die nachdenkliche Offenheit des Bundespräsidenten, der im Dezember 1993 so formuliert hat: "Die Europäische Union wird ihr eigenes, europäisches Gesicht haben. Sie wird sich ohne Zweifel schon in ihrer Struktur gründlich von den Vereinigten Staaten von Amerika unterscheiden. Aber sie wird mehr sein als ein Europa der Vaterländer. Die von Churchill als bald nach dem Krieg proklamierte Hoffnung auf die 'Vereinigten Staaten von Europa' bleibt unser Ziel." Auch das ist eher weise Vagheit als ein Konzept (das allerdings auch niemals aus dem Kopf eines einzelnen Politikers entspringen könnte). Was es jetzt bräuchte, wären ein paar Leute vom Schlage Jean Monnets, Robert Schumanns, Max Kohnstamms und die verteilt auf einige der wichtigsten Kanzleien Westeuropas. Sichtbar ist nur der einzige, vereinsamende Jacques Delors.

Dem deutschen Verfassungsgericht, das mit seinem Urteil über den Maastricht-Vertrag den Spielraum der europäischen Einigungspolitik stärker eingeengt hat als die deutsche Linke zugeht, darf man keinen Vorwurf machen - das Urteil ist nüchtern, in sich logisch und der schwebenden, von Unklarheit in der Politik bestimmten Lage angemessen. Was blieb dem Gericht anderes übrig als der Leitsatz, daß den nationalen Parlamenten Befugnisse von substantiellem Gewicht bleiben müssen, solange die souveränen Partner des "Verbundes" sich keine wirk-same demokratische Struktur auf europäischer Ebene gegeben haben? Den Widerspruch, der zwischen der Erweiterungseuphorie vieler europäischer Politiker einerseits und dem Demokratie- und Effizienzprinzip andererseits besteht, hat das Gericht nicht zu verantworten. Die Verweigerung einer Kompetenz-Kompetenz für die Gemeinschaft wird das Tempo der Vereinigung zwar - vor allem bei einer erwartbaren Vergrößerung der Zahl der Vollmitglieder der Europäischen Union - dramatisch drosseln.

Aber aus demokratiethoretischen Gründen war es nicht hinnehmbar, wenn sich ein nicht ausreichend im Willen der Völker verankertes Machtgebilde ohne parlamentarische Rechtsanwendungs-befehle zu einer Staatlichkeit mit nicht genau vorausbestimmbaren Hoheitsrechten entwickeln würde. Und wenn die politisch verantwortlichen Instanzen die Währung vereinheitlichen wollen, ohne vorher die Finanz- und Wirtschaftspolitik zu vergemeinschaften, dürfen sie sich nicht wundern, wenn ein ans Demokratieprinzip gebundenes Gericht entscheidet: Kein Automatismus, die Währungsunion setzt eine weitere parlamentarische Zustimmung, und zwar in allen Mitgliedstaaten voraus. Es ist schon richtig: Das deutsche Verfassungsgericht hat kühl festgestellt, daß die "Europäische Union" nichts anderes ist als ein auf Fortentwicklung angelegter "Verbund" souveräner Staaten, aus dem man notfalls auch wieder ausscheiden kann - wer dieses Urteil bedenkt, mag zu dem Schluß kommen, daß die jahrzehntelang fast widerspruchslos proklamierte Überwindung der nationalstaatlichen Struktur Europas nahezu ausgeschlossen ist. Das ist dann aber nicht die Schuld dieses Gerichts; es ist die Konsequenz einer in blinder Entschlossenheit vor sich hinwerkelnden europäischen Einigungspolitik, die nicht begriffen hatte, daß das Jahr 1989 - wie vor her die Jahre 1945, 1918, 1878, 1949 oder 1815 - eine historische Wendemarke, einen Strukturbruch markierte.

Eine Europäische Union, die ihren Namen verdient, wird nur entstehen, wenn die Nachkriegsideen von Europa an die radikal veränderte Lage in Europa angepaßt werden; dazu wird man sie regelrecht umpflügen müssen. Ein "Bundesstaat", das heißt also eine demokratisch legitimierte Staatlichkeit, braucht zum Beispiel eine funktionierende Öffentlichkeit - und also eine ganz andere Sprachen- und Medienpolitik, als sie in der Europäischen Gemeinschaft derzeit angelegt ist. Ein "Bundesstaat" wird auch nicht funktionieren, wenn er zu komplex wird, also zum Beispiel drei- oder vierhundert Millionen Menschen organisieren soll, die dreißig oder mehr Sprachen sprechen und in ganz unterschiedlichen politischen Kulturen aufgewachsen sind. Der Wunsch, ein ganzes Archipel unterschiedlichster Groß- und Kleinstaaten mit Demokratie und Wohlstand à l'allemande zu beglücken, ist ethisch grandios, aber politisch ohne Chance. Kern-Europa muß sich zusammenfinden, zur Not auch ohne Zögerlinge wie die Engländer oder Exzentriker wie die Griechen. Nur eine schlagkräftige Europäische Union kann dem Osten wirklich helfen. Die Aufblähung der wenigen noch funktionierenden Strukturen (nach dem abschreckenden Beispiel der KSZE) bedeutete die Selbsterstörung des alten Westens.

Die einzige realistische Chance für eine wirksame Einigung Europas - eines Europa, das mit den USA oder Japan konkurrieren könnte - wäre eine neue Europäische Bewegung. Sie dürfte sich nicht weniger vornehmen als die Auslösung einer liberalen Revolution. Liberale Revolutionen nennen die Amerikaner zum Beispiel ihren Staatsgründungsprozeß, die Abschaffung der Sklaverei, die Überwindung der Weltwirtschaftskrise durch Roosevelts "New Deal" in den Dreißiger Jahren oder Erfolge der Bürgerrechtsbewegung von Martin Luther King. Ein handlungsfähiges Europa - über dessen "Versagen" in Jugoslawien und anderswo man nicht greinen müßte wie ein gemischter Chor von Klageweibern - könnte nur durch solch eine "Revolution" entstehen - durch entschlossenen Antinationalismus, den Mut zum plebiszitären Kampf für eine konkret gemachte europäische Idee und eine rücksichtslose Überprüfung hergebrachter Institutionen.

Es gibt Länder in der Welt, wo derzeit solche Revolutionen stattfinden, im Süden Chinas zum Beispiel, in Singapur, in Santiago de Chile und morgen vielleicht in Palästina. Dort ist der Leistungsdruck allerdings ungleich größer als auf dem alten, blutgetränkten, mürben, aber auf irgend eine Weise immer noch ertragreichen Boden Europas. Wir stehen vor der Alternative, die europäische Idee neu zu formulieren oder ein Geschichtsmuseum, eine Geisterbahn mit hundert ethnopathetischen Sensationchen zu werden. Die Entscheidung über unser Schicksal fällt im nächsten Jahrhundert.

(-/14. Dezember 1994/rs/fr)
